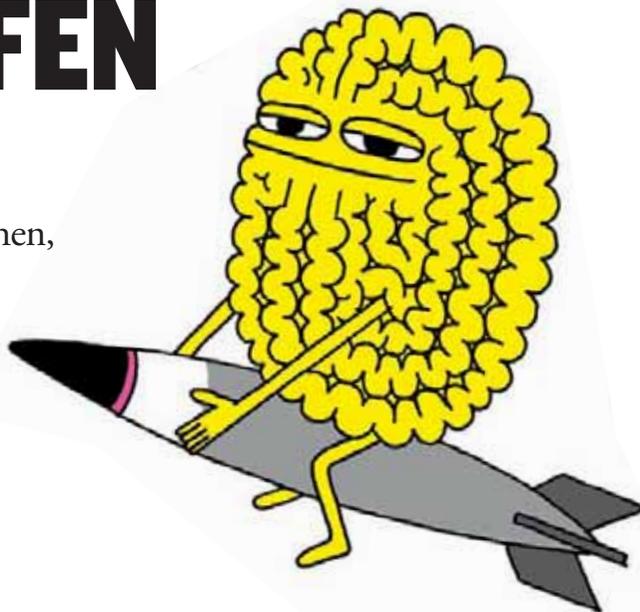
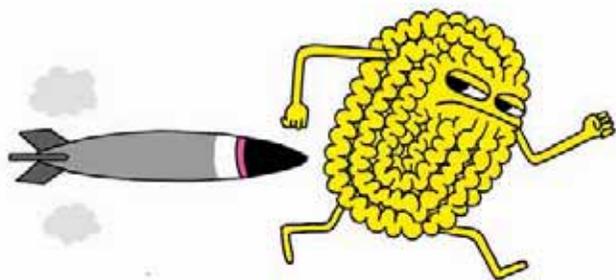


WISSEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN!

Universitäten sollten nicht für Unternehmen forschen, die das *Militär* beliefern, sagt Kristin Haug



Mit den Aufklärungssatelliten des Bremer Raumfahrtkonzerns OHB können Soldaten alles metergenau lokalisieren. Zum Beispiel Hütten in Afghanistan. Hütten, in denen sich Terroristen verschanzen. Hütten, in denen aber auch Kinder spielen können. Mithilfe der Satelliten suchen die Soldaten ihre Angriffsziele. Die OHB AG produziert viel für das Militär. Jetzt will sie der Universität Bremen eine Professur stiften. 1,65 Millionen Euro für die Forschung – gezahlt von einem Rüstungslieferanten. Verständlich, dass die Bremer Studenten damit ein Problem haben. Und nicht nur die.

Hochschulen in ganz Deutschland haben sich längst auf eine unheilige Allianz mit dem Militär eingelassen. In den vergangenen zehn Jahren zahlte das Verteidigungsministerium über 46 Millionen Euro an 48 Hochschulen. Mehr als 3,5 Millionen Euro gingen an die TU München, 3,8 Millionen an die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg und 2,8 Millionen an die Universität Kiel. Diese und andere Unis forschen für die Bundeswehr in den Bereichen Sensorik, Detektion, Materialforschung, Datenerfassung und medizinische Diagnostik. Allein im letzten Jahr kassierte die TU Dresden 710 000 Euro an Drittmitteln von der Armee, mehr als in den vergangenen zehn Jahren zusammen.

Natürlich: Die Mittel ermöglichen den Universitäten Forschung und die dafür erforderliche teure Ausrüstung – und sie sichern ihnen dadurch Vorteile im Hochschulwettbewerb. Manche Forschung wäre ohne eine solche Finanzspritze sogar undenkbar. Die Verbindungen zu Wirtschaftsunternehmen garantieren den Wissenschaftlern zudem wichtige Kontakte und ebnen ihnen vielleicht sogar den Weg in gut bezahlte Jobs jenseits der Hochschule. Die Unternehmen wiederum rekrutieren ihren eigenen Nachwuchs an den Unis. Eine Win-win-Situation.

Wenn Unternehmen allerdings Geld geben, liegt der Verdacht nahe, sie könnten Einfluss auf den Inhalt der Forschung nehmen. Wenn es sich dabei auch noch um Unternehmen handelt, die mit der Bundeswehr zusammenarbeiten, wird dieser Konflikt noch bedenklicher. Zwar

werden an den Unis keine Waffen erfunden oder optimiert, kein Professor wird mit seinem Namen Pate für ein neues Maschinengewehr stehen wie Michail Kalaschnikow. Es geht um Grundlagenforschung in Medizin und Technik. Aber wer garantiert, dass diese Ergebnisse nicht in der Waffenproduktion verwendet werden? Nicht umsonst gibt es den Ausdruck »Dual Use« für Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden. Mit Wärmebildkameras etwa kann man die Wärmeschutzdämmung von Reihenhäusern überprüfen – oder Kampfpanzer aufrüsten, die an Saudi-Arabien geliefert werden.

Es gibt bereits eine freiwillige Verpflichtung vieler Unis, Forschung mit militärischem Nutzen abzulehnen: die sogenannte Zivilklausel, die die Unis selbst in ihrer Hochschulordnung verankern können. In Bremen hat sie der Akademische Senat verbindlich festgelegt. Unis wie die in Dortmund, Tübingen, Oldenburg und die TU Berlin haben sich diese Einschränkung ebenso auferlegt. An vielen Unis aber fehlt eine Zivilklausel. Daher ist es umso wichtiger, dass Studenten die Debatte um die Klausel mit Diskussionsrunden, Arbeitskreisen und Onlinepetitionen neu aufleben lassen, wie es derzeit in Halle, Dresden, Jena, Frankfurt am Main, Karlsruhe, Konstanz und Köln geschieht. Dass dieses Engagement erfolgreich sein kann, zeigt sich an der Uni Rostock, die sich für eine Zivilklausel ausgesprochen hat. In Braunschweig gab es sogar einen Kongress gegen die Militarisierung von Forschung.

Akademische Einrichtungen sollten sich nicht mit dem Militär gemein machen. Universitäten können nicht gleichzeitig Seminare zur Konfliktlösung anbieten und für militärische Zwecke forschen. Oder, wie in Tübingen geschehen, Bundeswehr-Dozenten engagieren. Die Gesellschaft profitiert sowieso nicht von Rüstungsforschung, da die Ergebnisse meist geheim gehalten werden müssen. Sie dienen nur speziellen Interessengruppen. Wissenschaftler sollten hinterfragen, was an der Uni erforscht wird, wer die Auftraggeber sind und ob die Ergebnisse veröffentlicht werden. Sie sollten Aufträge ablehnen, die sie moralisch nicht vertreten können. Doch vor allem sollten sie hinterfragen, welchem Zweck Wissenschaft dienen soll – wirtschaftlichen Interessen, der modernen Kriegsführung oder dem Frieden. ♣



Kristin Haug, 29, ist Volontärin an der Deutschen Journalistenschule und mag keine Waffen. Außer Wasserbomben